



Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Jahresbericht 2019



Auf einen Blick

Editorial

Seite 1

Wer wir sind

Seite 3

Unsere Erfolge 2019

Seite 4

Unsere Kernforderungen für die 19. Legislaturperiode

Seite 5

Unsere Aktivitäten 2019

Seite 6

Publikationen

Seite 18

Medienauftritte und Vorträge

Seite 22

Organe, Geschäftsführung und Stiftungsmanagement

Seite 24

Fördern und Spenden

Seite 28



Editorial

Liebe Leser*innen,
Liebe Freund*innen und Unterstützer*innen,

die Uhr tickt: Es bleiben uns nur knapp 10 Jahre, um die Klimakatastrophe abzuwenden, so der Weltklimarat IPCC in seinem 1,5 Grad Sonderbericht schon 2018. Im Herbst 2019 schlug der IPCC erneut Alarm: Die Eismassen in der Arktis und in Hochgebirgsregionen schrumpfen, die Weltmeere erwärmen sich und der Meeresspiegel steigt – und dies alles schneller als ursprünglich angenommen und mit weltweiten negativen Folgen für sämtliche Lebensgrundlagen, für Gesundheit und Wohlergehen sowie für Infrastruktur, Verkehr, Tourismus und für die Kultur menschlicher Gesellschaften.

Weltweit gingen hunderttausende junge Menschen für ihre Zukunft auf die Straße. Zukünftigen Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen ist längst kein Nischenthema mehr. Für die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit hat die SRzG tiefgründige Lösungen für einen gesunden Planeten und gerechte Gesellschaften und konnte 2019 viel erreichen.

Wir danken allen Unterstützer*innen, die mit großem Enthusiasmus und Einsatz an den Projekten und Erfolgen mitgewirkt und sich für die Rechte zukünftiger Generationen eingesetzt haben. Und wir danken unseren Spender*innen. Ohne Sie wäre all das, was wir erreicht haben, nicht möglich gewesen.

Wir laden Sie ein, sich in dem vorliegenden Jahresbericht einen Überblick darüber zu verschaffen, wie wir gemeinsam diese Welt ein Stück besser machen konnten.

Wir wünschen viel Freude bei der Lektüre.

Ihre SRzG

A photograph of two hands cupped together, holding a small amount of dark soil and a green fern frond. The background is a blurred natural setting with green foliage. A semi-transparent blue overlay covers the entire image, with white text and icons positioned on it.

ÜBER DIE STIFTUNG FÜR DIE RECHTE ZUKÜNFTIGER GENERATIONEN

SRzG

 Stuttgart

 www.generationengerechtigkeit.info

Wer wir sind

Wir sind ein Think Tank an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik. Durch praxisnahe Forschung und Beratung wollen wir das Wissen und das Bewusstsein für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft schärfen. Die SRzG wurde 1997 von einer überparteilichen Allianz fünf junger Menschen im Alter von 18 bis 27 Jahren ins Leben gerufen und wird seitdem von einem der jüngsten Stiftungsvorstände Deutschlands geleitet. Wir vertreten die Interessen zukünftiger Generationen und gelten als „bekanntester außerparlamentarischer Think Tank in Sachen Generationengerechtigkeit“ (Wirtschaftswoche). Wir sind finanziell unabhängig und stehen keiner politischen Partei nahe.

Was wir erreichen wollen

Die Entscheidungen von heute bestimmen, wie die Welt von morgen aussehen wird; gleichzeitig werden diese Entscheidungen derzeit allerdings oft von der Suche nach kurzfristigen Vorteilen beeinflusst. Politiker*innen orientieren sich an Wahlterminen und fürchten, nicht ganz zu Unrecht um ihre Wiederwahlchancen, sobald sie die langfristige Perspektive dem Kurzfristdenken überordnen.

Unsere Vision von Generationengerechtigkeit ist, dass dieses nicht-nachhaltige Handeln in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufgegeben wird, denn wir sollten heute nicht auf Kosten unserer Nachkommen leben. Die heute junge und die heute alte Generation müssen gemeinsam dafür sorgen, dass kommende Generationen intakte Lebensgrundlagen vorfinden.

Unser Ziel ist es, Generationengerechtigkeit und den Schutz langfristiger Interessen zentral in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu verankern. Das bedeutet, die langfristigen Auswirkungen heutiger Entscheidungen zu analysieren und nachhaltige sowie praktisch umsetzbare Lösungen zu finden.

Was wir tun

Wir zeigen Lösungsmöglichkeiten auf, wie generationengerechte Entscheidungen zum Wohle aller funktionieren können. Diese veröffentlichen wir in allgemeinverständlichen Büchern und Positionspapieren. Zu unseren Themenfeldern gehören Umwelt, Finanzen, Renten, Bildung, Arbeitsmarkt, Jugendpolitik sowie die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie.

Mit Kampagnen, Presseauftritten, Vorträgen und Projekten erinnern wir Politik und Gesellschaft an ihre Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen. Wir regen junge Forschung an, organisieren Symposien, Kongresse und Tagungen und geben die Fachzeitschrift „Intergenerational Justice Review“ heraus.

UNSERE ERFOLGE 2019



300 Briefe an Politiker*innen



18 Vorträge



16 Presseauftritte



9 Treffen mit Politiker*innen



6 Publikationen



4 Mitgliedschaften
in Expertengremien



3 Neue Kooperationen



1 Essay-Wettbewerb

Unsere Kernforderungen für die 19. Legislaturperiode

Umwelt & Klima

Energiewende konsequent voranbringen!

Die ökologischen Belastungsgrenzen des Planeten sind längst überschritten. Auch die deutschen Klimaziele werden verfehlt. Der Staat trägt die Verantwortung dafür, die natürlichen Lebensgrundlagen für kommende Generationen zu schützen. Dazu gehören insbesondere ein überzeugter Klimaschutz und der Ausbau der erneuerbaren Energien.

Rente

Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen!

Die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland muss angesichts des demografischen Wandels generationengerechter, sozial gerechter und transparenter werden. Erst wenn die Gewählten und die Wählerschaft im gleichen Boot sitzen, werden Gesetze beschlossen werden, die den dringenden Reformbedarf der Rentenversicherung anpacken.

Finanzpolitik

Schuldenbremse einhalten! Investitionsgebot ergänzen!

Bei hoher Staatsverschuldung stehen jeder neuen Regierung immer weniger finanzielle Spielräume zur Verfügung, um die Gesellschaft zu gestalten. Schuldenbremsen müssen um Investitionsgebote Bildung, Infrastruktur usw. ergänzt werden. Ziel von Schuldenbremsen muss das „Sparen für die Zukunft“, nicht das „Sparen an der Zukunft“ sein.

Arbeitswelt

Senioritätsprinzip abschaffen!

Das Senioritätsprinzip bindet in der Arbeitswelt Privilegien alleine an das Erreichen eines bestimmten Lebensalters. Es sollte bei Regelungen in der Arbeitswelt wie Kündigungsschutz, Urlaubsansprüche usw. genauso wenig Anwendung finden wie die Hautfarbe, die sexuelle Orientierung oder das Geschlecht.

Jugend & Demokratie

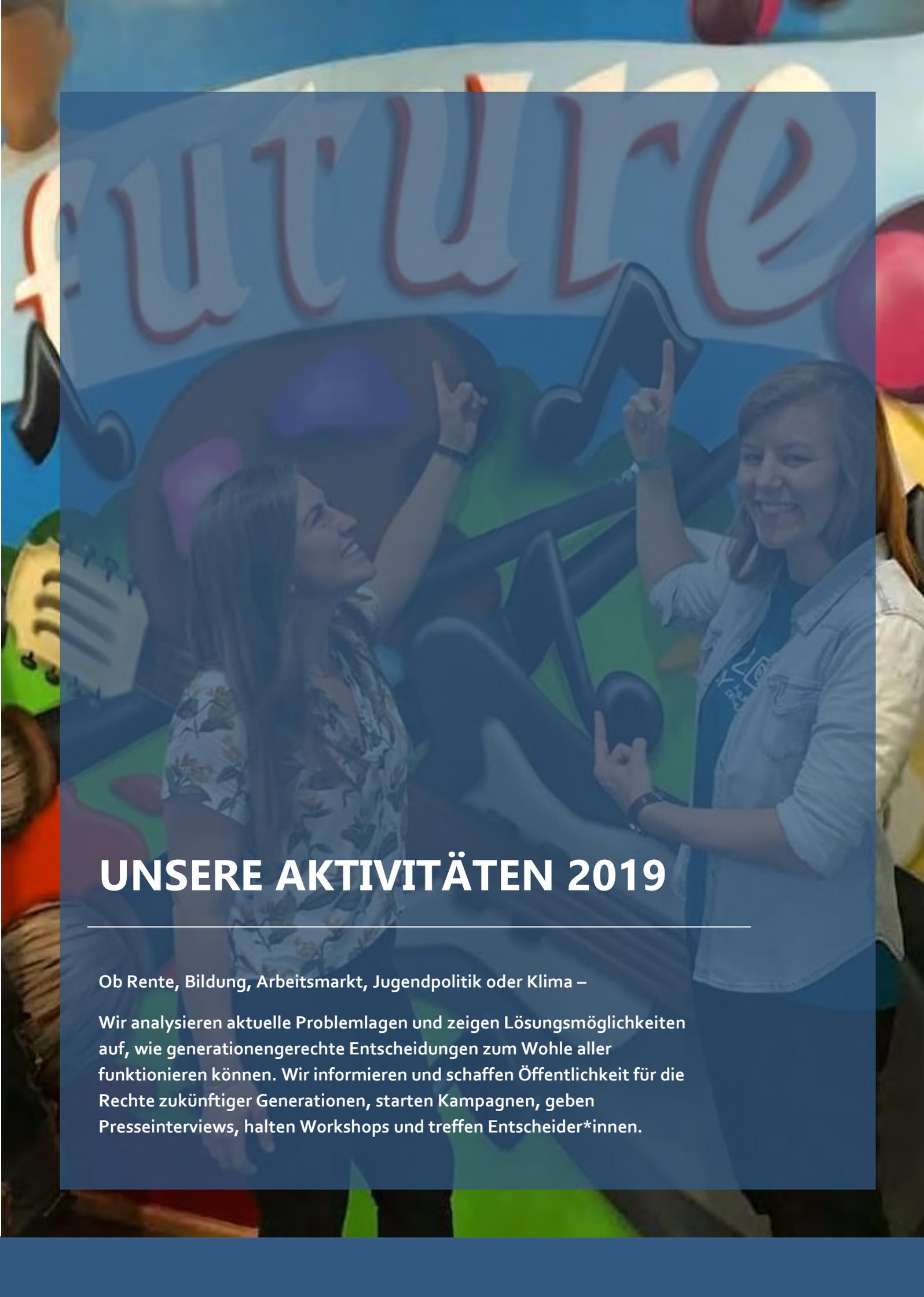
Wahlwilligen Jugendlichen eine Stimme geben!

Deutsche Staatsbürger*innen unter 18 Jahren werden allein aufgrund ihres Alters vom Wahlrecht ausgeschlossen. Jungen Menschen sollte es frei stehen, ihr Wahlrecht auszuüben, sobald sie dies eigenständig wollen. Unsere Forderung bedeutet nicht, dass Kleinkinder, Säuglinge oder stellvertretend ihre Eltern zum Urnengang verpflichtet werden.

Zukunfts-politik

Zukunftsrat als Vertretung künftiger Generationen einrichten!

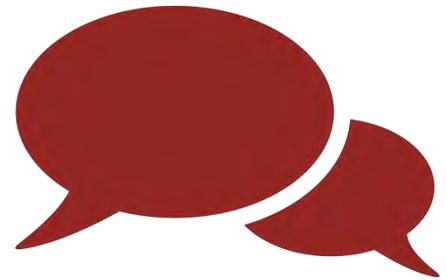
Wahlvolk und gewählte Politiker*innen streben kurzzeitige Vorteile an, in deren Genuss sie während ihrer Lebensspanne kommen wollen. Kosten und Risiken werden dagegen tendenziell in die Zukunft verlagert. Es braucht eine neue Institution, um auch die Interessen künftiger Generationen zu formulieren und zu vertreten.

The background image shows two young women at a music-themed event. They are standing in front of a large, colorful graphic featuring musical notes and instruments. One woman is pointing upwards towards a large musical note graphic. The scene is lively and festive, with other people and colorful elements visible in the background.

UNSERE AKTIVITÄTEN 2019

Ob Rente, Bildung, Arbeitsmarkt, Jugendpolitik oder Klima –

Wir analysieren aktuelle Problemlagen und zeigen Lösungsmöglichkeiten auf, wie generationengerechte Entscheidungen zum Wohle aller funktionieren können. Wir informieren und schaffen Öffentlichkeit für die Rechte zukünftiger Generationen, starten Kampagnen, geben Presseinterviews, halten Workshops und treffen Entscheider*innen.



THEMEN

In einem Boot – für ein generationengerechtes und solidarisches Rentensystem

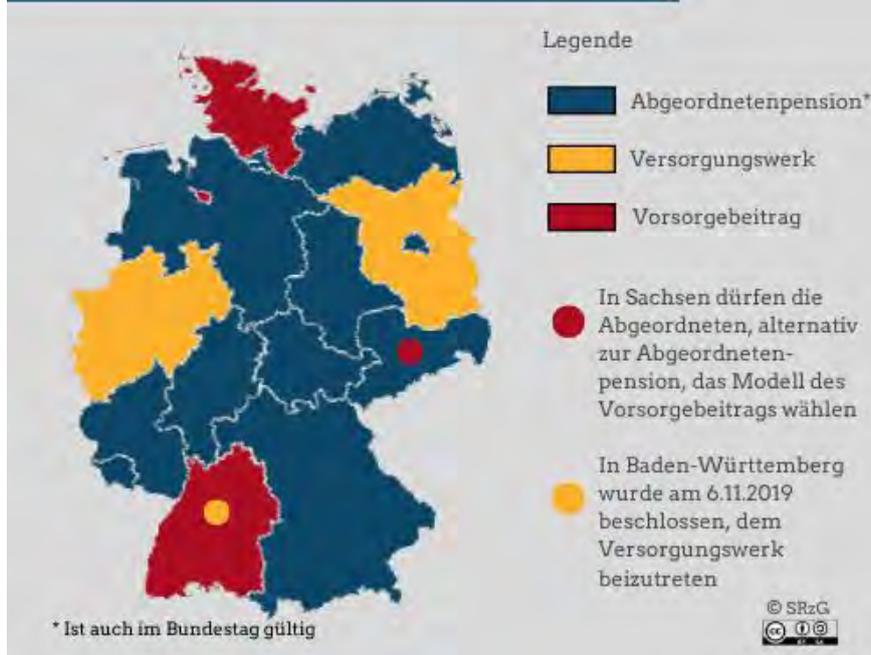
Die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland steht angesichts des demografischen Wandels vor großen Herausforderungen. Die SRzG fordert angesichts dessen generationengerechte Reformen im deutschen Rentensystem, aber auch in den Versorgungssystemen von Abgeordneten und Beamten. Die Rente muss Gerechtigkeit sowohl zwischen den Generationen, also auch innerhalb der Generationen sichern. Kurzum: Sie muss generationengerechter, sozial gerechter und transparenter werden.

Als ersten Schritt, der beschleunigend auf alle anderen nötigen Reformen wirken wird, fordert die SRzG, dass die Mitglieder des Bundestags sowie die Abgeordnete aller Landtage in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Erst wenn die Gewählten und die Wählerschaft in ganz Deutschland im gleichen Boot sitzen, werden Gesetze beschlossen werden, die den dringenden Reformbedarf der Rentenversicherung anpacken. In einigen Bundesländern ist es Abgeordneten derzeit bereits möglich, in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen.



„Die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland steht angesichts des demografischen Wandels vor großen Herausforderungen und ist in zweierlei Hinsicht reformbedürftig: Sie muss Gerechtigkeit zwischen den Generationen und innerhalb der Generationen sichern. Kurzum: Sie muss generationengerechter, sozial gerechter und transparenter werden.“

Die Altersvorsorge der Abgeordneten in den deutschen Bundesländern



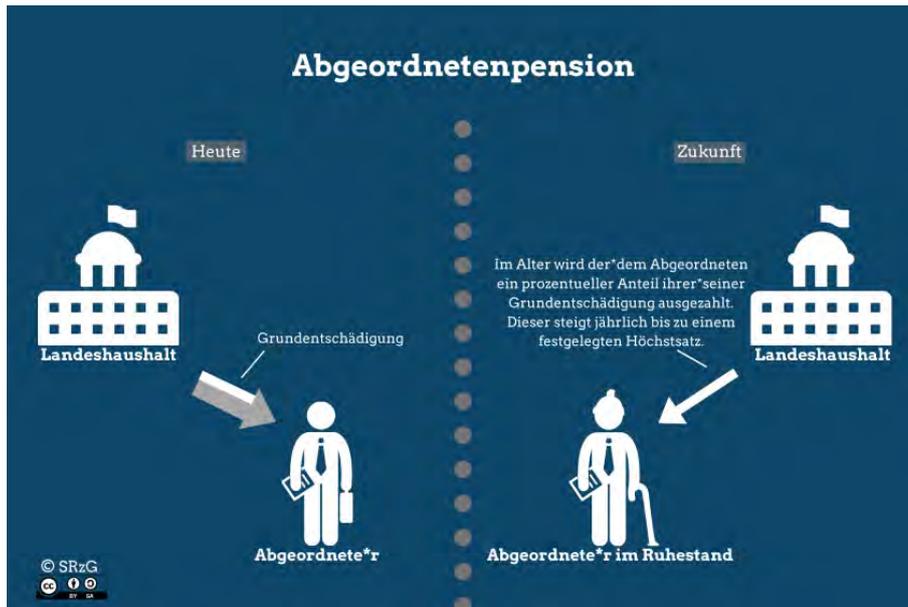
Die Altersvorsorge seiner Abgeordneten regelt jedes Bundesland bzw. auch der Bund selbst. Bisher existieren auf Länderebene verschiedene Modelle der Altersvorsorge für Abgeordnete. Während die „Abgeordnetenpension“ noch vor zwei Jahrzehnten in allen 16 Bundesländern und im Bund geltendes Recht war, ist dies heute nur noch in zehn Bundesländern (sowie weiterhin im Bund) der Fall.

Ernüchternde Entwicklungen sind auch aus Baden-Württemberg zu melden. Im November 2019 verabschiedeten sich die dortigen Landtagsabgeordneten aus dem volksnäheren System des Eigenvorsorgebeitrags und beschlossen per Änderung des Abgeordnetengesetzes, stattdessen einem Versorgungswerk als Parallelsystem beizutreten.

Die SRzG forderte die Fraktionsführenden und Abgeordneten in den Wochen vor der Abstimmung in Briefen und Pressemitteilungen auf, diesen Schritt nicht zu gehen. Sie beteiligte sich an einer dafür gestarteten Petition und führte auch Gespräche mit Abgeordneten. Vergeblich.

Es ist ein Anliegen der SRzG, junge Menschen über das Thema Rente zu informieren und sie dazu zu befähigen, bei diesem komplexen Thema mitzudiskutieren und ihre Interessen einzubringen. Die SRzG veröffentlichte eine umfassende Informationsseite zur Abgeordnetenversorgung in Deutschland (generationengerechtigkeit.info >Projekte >Kampagnen >Abgeordnete in die GRV).

Gleichzeitig geht es der SRzG aber auch darum, die ältere Generation für ein generationengerechtes Rentensystem zu sensibilisieren. Unser Ziel ist die Zustimmung der Älteren zu einer Lastenteilung im demografischen Wandel, selbst wenn die Renten dann nicht so schnell steigen wie ohne Generationengerechtigkeit.





„Erst wenn die Gewählten und die Wählerschaft in ganz Deutschland im gleichen Boot sitzen, werden Gesetze beschlossen werden, die den dringenden Reformbedarf der Rentenversicherung anpacken.“

In Schleswig-Holstein kam eine Expert*innen-Kommission, die überwiegend mit Beamt*innen besetzt war, zu dem Schluss, dass dort eine Abkehr vom Vorsorgebeitrag in der gesetzlichen Rentenversicherung und eine Rückkehr zur Abgeordnetenpension umgesetzt werden sollte. Ein Rückschritt auf dem Weg zu einer solidarischeren Rentenversicherung, weshalb sich die SRzG an die Abgeordneten wandte und den weiteren Entscheidungsprozess nun kritisch beobachtet.

Für den 2019 neu konstituierten Landtag in Sachsen, in dem die Abgeordneten auch die Möglichkeit haben, einen Vorsorgebeitrag in der gesetzlichen Rentenversicherung anzulegen, stand die SRzG mit den neu gewählten Abgeordneten in Kontakt und legte ihnen die Wahl dieses Modells nahe. Nach Auskunft der Landtagsverwaltung haben sich 6 Abgeordnete für die Einzahlung in die gesetzliche Rentenversicherung entschieden.

Die SRzG hat sich im Rahmen der Jungen Rentenkommission weiter für einen Einbezug aller Gruppen in die gesetzliche Rentenversicherung und eine generationengerechte Rentenpolitik stark gemacht und plant weitere Aktionen im Vorfeld der Bundestagswahl 2021.

Zum Thema Rente war die SRzG zusätzlich gefragte Ansprechpartner*in zur Perspektive der jungen Generation auf die geplante Grundrente. Vertreter*innen der SRzG sprachen 2019 u.a. in Sendungen bei phoenix, SWR, ZDF und Deutschlandfunk Kultur. Der stete Andrang an Presseanfragen zum Thema Rente zeigt, dass es hier weiterhin viel Gesprächs- und Vermittlungsbedarf zwischen den Generationen gibt. Eine Lücke, die die SRzG weiterhin zu füllen gedenkt.

Junge Politiker*innen sind Mangelware

Die Ergebnisse der Shell Jugend-Studie zeigen, dass junge Menschen politisches Interesse mitbringen. 77 % der Jugendlichen sind laut der Studie außerdem mit der deutschen Demokratie zufrieden. Trotz dessen sind junge Menschen in der Politik nur wenig vertreten, bekleiden selten hohe politische Ämter und die meisten Parteien sind überaltert.

Die SRzG begab sich 2019 auf die Suche nach den Gründen dafür. In ihrem Generationengerechtigkeits-Preis warf sie einen Blick auf die Situation über die deutschen Landesgrenzen hinaus (mehr dazu auf Seite 17) und ging den Gründen auf die Spur, wieso sich manche junge Menschen in Parteien engagieren und manche nicht. Die Ergebnisse wurden in zwei Ausgaben der Intergenerational Justice Review veröffentlicht.

Die SRzG überarbeitete und aktualisierte außerdem ihr Positionspaper Nachwuchsquoten und übersetzte dieses ins Englische.



Obwohl Wahlberechtigte zwischen 18 und 35 Jahren ein Fünftel der deutschen Bevölkerung ausmachen, sind sie kaum in hohen politischen Ämtern, in Landtagen oder im deutschen Bundestag vertreten.

Generation Psychotherapie?

In unserer sich wandelnden Welt, in der Digitalisierung auch Cybermobbing mit sich bringt, Mobilität auch zu Einsamkeit führt, eine sich verändernden Arbeitswelt auch prekäre Arbeitsverhältnisse und Unsicherheit verursacht und die Klimakrise Zukunftsängste zur Folge hat, nimmt auch das Bewusstsein für psychische Probleme zu. Viele psychische und verhaltensbezogene Probleme im Erwachsenenleben haben ihren Ursprung in der Jugend oder schon davor. Daher ist es besonders wichtig, die jüngeren Generationen zu schützen, denn sie sind die zukünftigen Führungs- und Arbeitskräfte. Die Themen Gesundheit und Wohlbefinden der jungen Generationen rücken daher für große Akteure wie die Weltgesundheitsorganisation und die EU immer stärker in den Fokus.

Auch die SRzG nimmt das Thema Gesundheit seit 2019 auf ihre Agenda. Im Februar erfolgte der Kick-off mit einer Blogwoche zu mentaler Gesundheit gemeinsam mit der Londoner Schwesterorganisation „Intergenerational Foundation“. Im Juni veröffentlichte die SRzG gemeinsam mit der Denkschmiede Gesundheit und anderen jungen Akteur*innen aus dem Gesundheitssektor ein umfassendes Positionspapier zu Gesundheitspolitik.

Mehr Informationen zum Positionspapier unter Publikationen auf S. 19

*„Die Politik sollte sich darum sorgen, dass wir, die jungen Menschen in Deutschland in Zukunft gerne leben und nicht nur physisch, sondern auch mental gesund bleiben. Nicht nur weil die Gesundheit der Bürger*innen sowieso Ziel staatlichen Handelns sein sollte, sondern auch im eigenen Interesse, da wir als Steuer- und Beitragszahler ab 2035 eine ungleich größere Zahl von Rentner*innen gegenüberstehen.“*

*aus: Positionspapier
Generationengerechte
Gesundheitspolitik*





Halbzeit für die GroKo

Die SRzG zieht 2019 eine ernüchternde Halbzeitbilanz für die Große Koalition.

„Die Große Koalition hat in den zurückliegenden zwei Jahren vor allem den Stillstand verwaltet, anstatt die Zukunft zu gestalten. Wir haben in den letzten zwei Jahren eine aktive, fordernde junge Generation erlebt, die aber von der Politik kaum wahrgenommen wurde.“

Anna Braam, SRzG-Sprecherin

Einige Politikbereiche unter die Lupe genommen:

■ Klimapolitik

Obwohl Fridays for Future in diesem Jahr gezeigt hat, dass gerade für junge Menschen das Thema Klimaschutz ein zentrales Thema ist, konnte die Bundesregierung hier nur wenige Impulse in den zurückliegenden zwei Jahren liefern. Das Klimapakett ist zu unambitioniert und bruchstückhaft um die Ziele des Pariser Abkommens einzuhalten. Die SRzG forderte die Bundesregierung auf, weitere Maßnahmen für eine ambitionierte Klimapolitik zu ergreifen.

■ Rentenpolitik

Ernüchternd sind auch die Visionen und Pläne der Großen Koalition beim Thema Rente: Seit Jahren weisen Expert*innen auf die ab 2025 bevorstehende Pensionierung der geburtenstarken Baby-Boomer-Jahrgänge hin. Währenddessen wird die Rentenpolitik zu Lasten der jungen und zukünftigen Generationen fortgeführt. Nicht nach sozialer Bedürftigkeit, sondern nach dem Gießkannen-Prinzip werden Rentengeschenke, wie etwa die „Mütterrente 2.0“, verteilt. Auch die erkämpfte und umstrittene Grundrente ist – auch wenn im Kern wichtig und richtig – kein wirksames Mittel für gute Altersabsicherung. Grundlegende, ambitionierte Ideen, wie etwa der Einbezug von Abgeordneten und anderen privilegierten Gruppen in das gesetzliche Rentensystem fehlen völlig. Außerdem ist der Nachhaltigkeitsfaktor der Rentenformel zum Nachteil der jungen Generation ausgesetzt worden. Das lehnt die SRzG strikt ab.

■ Junge Menschen in der Politik

Bundeskabinett, Bundestagsabgeordnete und Parteispitzen, sie alle haben ein auffällig hohes Durchschnittsalter. Die Große Koalition hat in den letzten zwei Jahren keine Bestrebungen unternommen, junge Menschen in die politische Entscheidungsfindung einzubeziehen. Die SRzG fordert daher weiterhin Nachwuchsquoten bei der Aufstellung von Kandidat*innen, künftig mehrere Minister*innen unter 35 Jahren in der Bundesregierung und ein Wahlrecht qua Eintragung, welches auch Unterachtzehnjährigen die Möglichkeit eröffnen würde, ihre Stimmen abzugeben.

„Die Halbzeitbilanz der Großen Koalition in puncto Generationengerechtigkeit fällt negativ aus. Beschlüsse wie das Gute-Kita-Gesetz oder der Digital-Pakt Schule sind da nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Junge Menschen und ihre Interessen spielen in der Politik auch weiterhin kaum eine Rolle“

Yannick Haan, SRzG-Vorstand

Gut beraten mit der SRzG

Als Think Tank wird die SRzG regelmäßig eingeladen, ihre Expertise in Gremien rund um Themen der Generationengerechtigkeit mit Wissenschaftler*innen, anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Entscheider*innen zu teilen.

2019 war die SRzG in u.a. in folgenden Gremien, Netzwerken und Beratungsgruppen aktiv:

- Junge Rentenkommission
- Nationales Netzwerk Nachhaltiger Konsum
- Arbeitsgruppe „Zukunft der Arbeit“ der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030
- Post-2020 Global Biodiversity Framework als zivilgesellschaftliche Beobachterin
- Besonderer Beobachterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der UN (ECOSOC)
- Bündnis der Generationen für fossilfreie Finanzen



*Anna Braam bei der Convention des
Global Biodiversity Framework in Nairobi
Foto: Natural Justice*

UN-Aktivitäten

Seit 2005 hat die SRzG besonderen Beraterstatus bei den Vereinten Nationen und nimmt regelmäßig an Verhandlungen und zwischenstaatlichen Konferenzen teil. Um die Präsenz junger Menschen in den UN-Prozessen zu verstärken, entsendet die SRzG jedes Jahr junge Menschen zu den Klimakonferenzen der Vereinten Nationen, auf denen sie sich mit relevanten Stakeholdern vernetzen, aktiv an Diskussionen und Arbeitsgruppen teilnehmen und mit Vorträgen und Workshops die Bedeutung und Chancen von Jugendbeteiligung und Generationengerechtigkeit hervorheben. Seit einigen Jahren arbeitet die SRzG dafür im Rahmen der Klimaverhandlungen mit Klimadelegation e.V. zusammen.

Im September 2019 begleiteten SRzG-Botschafterin Rebecca Freitag und UN-Jugenddelegierter für nachhaltige Entwicklung Felix Kaminski als offizielle deutsche Jugenddelegierte die deutsche Regierungsdelegation zum UN Klima- und SDG Gipfel in New York und setzen sich dort für Nachhaltigkeit und zukünftige Generationen ein. Sie trafen u.a. Bundesumweltministerin Svenja Schulze und junge Aktivist*innen aus aller Welt. Über Ihre Erlebnisse und die Ergebnisse berichteten sie in einem ausführlichen Blogbeitrag.

SRzG-Delegierte nahmen 2019 außerdem an den UN-Klimazwischenverhandlungen in Bonn und der Klimakonferenz COP25 in Madrid teil. Sie vernetzten sich mit jungen COP-Teilnehmenden, Entscheider*innen und Wissenschaftler*innen und organisierten Aktionen. Die Delegierten trafen die offizielle deutsche Delegation und regten Gespräche über eine stärkere Jugendbeteiligung an klimapolitischen Entscheidungen – auf und abseits der COPs – an.



Preis

7. Demografie-Preis zum Thema „Wohnungskrise: Wie können wir die Situation für junge Menschen verbessern?“

Der mit 10.000 € dotierte Demografie-Preis wurde von der Stiftung Apfelbaum angeregt, die ihn auch finanziert. Er wird von der SRzG und der britischen Partnerorganisation Intergenerational Foundation (IF) durchgeführt mit dem Ziel, die Diskussion über Generationengerechtigkeit in der Gesellschaft anzuregen und auf wissenschaftlicher Basis neue Perspektiven für politische Entscheidungsträger*innen zu liefern. Durch die Kooperation mit der IF wird der Preis seit einigen Jahren auch im englischsprachigen Raum ausgeschrieben.

Es wurden zwei Einreichungen ausgezeichnet:

Veronika Riedl:

Recht auf Wohnen für junge Menschen. Über die Auswirkungen der (Re-)kommodifizierung von Wohnraum und die Möglichkeiten einer rechtsbasierten Wohnstrategie

Laura Nägele, Wouter de Tavernier, Moritz Hess und Sebastian Merkel:

Do young people stand alone in their demand to live alone? The intergenerational conflict hypothesis put to test in the housing sector

Die Jury, die die Gewinnerarbeiten prämierte, bestand aus Lindsay B. Flynn (Wheaton College Massachusetts, USA), Kim McKee (University of Stirling, UK), John Doling (University of Birmingham, UK), Christian Lennartz (PBL Netherlands Environmental Assessment Agency, Niederlande), Justin Kadi (TU Wien, Österreich), Elena Lutz (SRzG, ETH Zürich).

Die Siegerarbeiten werden in Ausgabe 1-2020 der *Intergenerational Justice Review (IGJR)* veröffentlicht und können nach Erscheinen unter www.igjr.org kostenfrei heruntergeladen werden. Die in den Gewinner-Arbeiten enthaltenen guten Ideen und Ansätze werden in ein Positionspapier eingearbeitet.



PUBLIKATIONEN

Alle Positionspapiere stehen vollständig und kostenlos zum Download zur Verfügung:

<https://generationengerechtigkeit.info/publikationen/studien/>

In den letzten Jahren zeigen sich immer wieder neue Themenfelder, die sich zu Herausforderungen oder Chancen für zukünftige Generationen entwickeln können. Diese Entwicklungen will die SRzG begleiten, um auch hier die Interessen der nachrückenden Generationen vertreten zu können. Daher verfasst die SRzG derzeit Positionspapiere zu mehreren neuen und bereits bekannteren Themenfeldern. In ihren Positionspapieren analysiert die SRzG Problemfelder sowie ihre Auswirkungen auf zukünftige Generationen und erarbeitet konstruktive und praktikable Lösungsvorschläge für eine generationengerechte Politik.

Generationengerechte Gesundheitspolitik



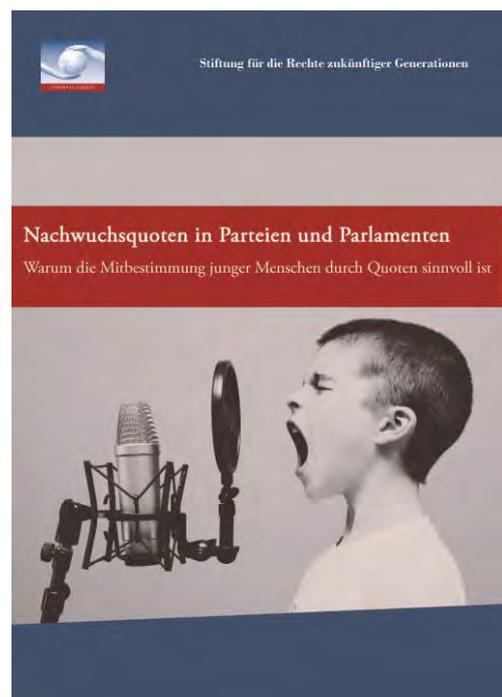
In diesem Papier stellen die Interessenvertreter der jungen Generation in der Gesundheitspolitik ihre parteiunabhängigen Forderungen für die gesundheitspolitische Zukunft Deutschlands vor. Federführend wurde das Papier von der Denkschmiede Gesundheit und der SRzG verfasst. Enthalten sind darin Beiträge aller großen jungen Vertretungen des Fachpersonals in Medizin und Pflege.

Die Politik sollte sich darum sorgen, dass wir, die jungen Menschen in Deutschland gerne leben und nicht nur physisch, sondern auch mental gesund bleiben. Nicht nur weil die Gesundheit der Bürger*innen sowieso Ziel staatlichen Handelns sein sollte, sondern auch im eigenen Interesse, da wir als Steuer- und Beitragszahler

ab 2035 eine ungleich größere Zahl von Rentner*innen gegenüberstehen. Es geht dabei um mehr als reine gesundheitsökonomische Kostenfolgeabschätzung. Es geht darum, wie eine generationengerechte Demokratie und ein zukunftsfähiges Gesundheitswesen erreicht werden können. Die beteiligten Organisationen sind überzeugt, dass diese Zukunftsfragen nur durch Kooperationen mit den „Alten Hasen“ nachhaltig angegangen und Lösungsvorschläge umgesetzt werden können. Das breit gefächerte Netzwerk der an diesem Positionspapier beteiligten Organisationen garantiert die Einbeziehung einer großen Zahl junger, fachlich spezialisierter Menschen.

Nachwuchsquoten

In Deutschland und den meisten anderen Industrienationen verringert sich der Anteil junger Menschen im Vergleich zu der Anzahl älterer Menschen stetig. Diese demografische Veränderung hat tiefgreifende Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und das politische Agenda Setting. Vor diesem Hintergrund gibt es Anlass zu befürchten, dass die Interessen der jungen Generation nicht mehr adäquat berücksichtigt werden. Gestützt wird diese Annahme durch die Unterrepräsentanz junger Menschen in wesentlichen Entscheidungsgremien. Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) fordert daher institutionell



verbindliche Nachwuchs- und Jugendquoten, um der Marginalisierung junger Menschen entgegen zu wirken und ihnen aktive Teilhabe und Mitbestimmung an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen.

Auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu reagieren ist ein generationenübergreifendes Projekt, in das sowohl Alte als auch Junge ihr Wissen und ihre Ideen gleichermaßen einzubringen gefordert sind. Nach wie vor bleiben allerdings die Meinungen und Ansichten der jungen Bevölkerung – der Generation also, die am meisten von den Folgen der heute getroffenen Entscheidungen betroffen ist – weitgehend unbeachtet. Nachwuchs- beziehungsweise Jugendquoten sind Instrumente, um dieses Ungleichgewicht abzuschwächen und die Grundlagen einer zukunfts- und nachhaltigkeitsorientierten Politik zu schaffen. Durch Quoten würde sichergestellt, dass die junge Generation eine feste Stimme im politischen Entscheidungsprozess erhält.

Das Positionspapier Nachwuchsquoten wurde 2019 grundlegend überarbeitet sowie ins Englische übersetzt.

Weitere Publikation

Wahlprüfsteine zur EU-Wahl 2019



Im Mai 2019 fand die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Pünktlich zur Wahl des Europäischen Parlaments veröffentlichte die SRzG ihre Wahlprüfsteine zur Europa-Wahl. Darin enthalten sind die Antworten von acht Parteien zu den Fragenkomplexen Generationengerechte Gesetzgebung, Klima-, Bildungs- und Agrarpolitik sowie Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Digitalisierung und Partizipation.

Intergenerational Justice Review

Seit 2015 veröffentlicht die SRzG gemeinsam mit der Londoner Intergenerational Foundation (IF) die *Intergenerational Justice Review*, die einzige englischsprachige Fachzeitschrift zum Thema Generationengerechtigkeit. Alle Ausgaben und aktuellen Ausschreibungen der Intergenerational Justice Review sind auf der Website www.igjr.org kostenlos und ohne Registrierung im Open Access-Verfahren abrufbar.

Ausgabe 1-2018 „How attractive are political parties and trade unions to young people?“

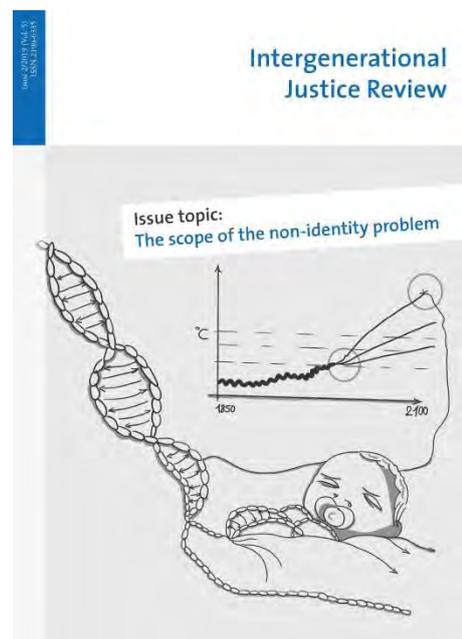
Im Juni erschien mit Heft 1-2019 der zweite Teil der Doppelausgabe zum Thema „How attractive are political parties and trade unions to young people?“. Das Heft enthält u.a. Siegerbeiträge des Generationengerechtigkeits-Preises 2018.

Sie analysieren internationale Unterschiede in der politischen Beteiligung junger Menschen in Parteien und Gewerkschaften und ihren Implikationen für junge Menschen in hohen politischen Ämtern.



Ausgabe 2-2019 „The scope of the non-identity problem“

Im Dezember 2019 erschien eine IGJR-Sonderausgabe zum Nicht-Identitätsproblem. In Zentrum dieses philosophischen Konzepts steht die Frage ob unsere Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen dadurch geschmälert wird, dass die Existenz künftiger Menschen (zumindest bei einem bestimmten Verständnis von Kausalität) von unserem heutigen Handeln abhängig ist.





Medienauftritte und Vorträge

2019 hat die SRzG zahlreiche Menschen in über 16 Artikeln, Fernseh- und Radiointerviews erreicht, u.a. über das ZDF, Zeitonline, Deutschlandfunk, phoenix oder bento.

Eine Auswahl des Medienechos

Deutschlandfunk Kultur:	Regierungswechsel in Finnland. Die Politik wird jung und weiblich
SWR:	Mal ehrlich...„Arm und abgehängt – wer schützt uns im Alter?“
Deutschlandfunk Nova:	Grundrente: Zwei Meinungen
Bento:	Was die Grundrente für junge Menschen bedeutet
Bayern 2:	Arm im Alter: Löst die Grundrente das Problem?
Weser-Kurier:	Verzweifelt gesucht: Generationengerechtigkeit in der Politik
Phoenix:	Mehr Geld im Alter – Welche Rente kommt?
Radio Bremen:	Generationenkonflikt: Wenn Jung und Alt aufeinandertreffen
hr2 kultur:	Wenn's im Alter knapp wird – Die Rentenfrage
ZDF heute plus:	„Die Jugend wurde vernachlässigt“
hr info:	Fridays for Future – Schule schwänzen für den Klimaschutz
Mittelbayrische	Klimaschutz in der Zukunft

Alle Medienauftritte zum Nachhören finden Sie im Medienecho auf der Website: generationengerechtigkeit.info/presse/medienecho/



Vertreter*Innen der SRzG sprechen regelmäßig bei Diskussions- und Informationsveranstaltungen, moderieren Events rund um das Thema Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit und geben Workshops und Seminare. So auch 2019 u.a. bei der Vorstellung der Shell-Jugendstudie.

Das SRzG-Team hielt Vorträge, Workshops oder Seminare, u.a. beim Institut for Advanced Sustainability Studies (IASS), bei der Jugendklimakonferenz (LCOY), im Überseemuseum Bremen oder dem Festival der digitalen Jugendkultur TINCON.

A person wearing pink sneakers is walking on a blue metal staircase. The image is overlaid with a semi-transparent blue rectangle. The text "Organe, Geschäftsführung und Stiftungsmanagement" is centered within this rectangle. A thin white horizontal line is positioned below the text.

Organe, Geschäftsführung und Stiftungsmanagement

Mitglieder des Vorstands



Anna Braam (geb. 1988)

promoviert im Bereich „Nachhaltigkeit demokratischen Entscheidens“ an der Universität Oldenburg. In ihrem Masterstudium widmete sie sich den wissenschaftlichen Grundlagen der Generationengerechtigkeit am Beispiel der nationalen Biodiversitätsstrategie. Braam gründete 2016 das Jugendforum „Next Generation“ im Bremer Übersee-Museum und engagiert sich in der UN-Klimapolitik als Jugend-Delegierte. Zudem ist Braam Mitglied im Nationalen Netzwerk für Nachhaltigen Konsum der Bundesregierung.



Yannick Haan (geb. 1986)

arbeitet bei Wissenschaft im Dialog und betreut Projekte rund um die Digitalisierung. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro eines SPD-Bundestagsabgeordneten und Projektleiter der Euro-Wahlkampf der Politikfabrik und u.a. für die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Bundeszentrale für politische Bildung, die Deutsche Welle tätig. Er ist außerdem Vorsitzender der SPD Alexanderplatz und Mitglied der Gesellschaft für Freiheitsrechte. Er ist Autor des Buches „Gesellschaft im digitalen Wandel“.



Dr. Michael Rose (geb. 1986)

ist Politikwissenschaftler, Autor des Fachbuchs ‚Zukünftige Generationen in der heutigen Demokratie‘ und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich ‚Governance und Nachhaltige Entwicklung‘ am Institut für Nachhaltigkeitssteuerung der Leuphana Universität Lüneburg. Nach seinem Studium in Bamberg forschte er in Düsseldorf am Graduiertenkolleg „Linkage in Democracy“ theoretisch und empirisch zur politischen Repräsentation zukünftiger Generationen.

Mitglieder des Kuratoriums

Prof. Dr. Ortwin Renn

Wissenschaftlicher Direktor des Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS)

Prof. Dr. Rolf Kreibich

ehemals Direktor Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats

Prof. Dr. Dieter Birnbacher

Dr. Jürgen Borchert

Prof. Dr. Luc Bovens

Prof. Dr. Louis Chauvel

Prof. Dr. Claus Dierksmeier

Dr. Reinald Eichholz

Prof. Dr. Edeltraud Günther

Prof. Dr. Karl Heinz Hausner

Dr. Uwe Jean Heuser

Prof. Dr. Vittorio Höfle

Prof. Dr. Klaus Hurrelmann

Prof. Dr. Ann-Kristin Kölln

Dr. Annette Lepenies

Dr. Gisela Meister-Scheufelen

Prof. Dr. Mihajlo D. Mesarovic

Prof. Dr. Meinhard Miegel

Prof. Dr. Hubertus Müller-Groeling

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Prof. Dr. Claus Offe

Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Dr. Wolfgang Reinicke

Prof. Dr. Hans Joachim Schellnhuber

Prof. Dr. Uwe Schneidewind

Prof. Dr. Wolfgang Seiler

Prof. Dr. Dr. Udo E. Simonis

Robert Unteregger

Prof. Dr. Werner Weidenfeld

Stephanie Weis-Gerhardt

Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker

Botschafter*innen

Dr. Danyal Bayaz, MdB

Thomas Betten

Moritz Czygan

Rebecca Freitag

Michelle Grebe

Dr. Wolfgang Gründinger

Martin Hagen, MdL

Anna Halbig

Jonathan Hoffmann

Madeleine Hofmann

René Kieselhorst

Carl-Georg Luft

Elena Lutz

Sophie Neuendorf

Eva Siegmann

Charlotte Unruh

Christina Wunder

Büroleitung

Maria Lenk

E-Mail: kontakt@srzg.de

Tel. 0711 / 28052777

Personelle Veränderungen

Botschafter*innen für Generationengerechtigkeit:

Die SRzG erhielt neue engagierte Unterstützung in ihrem Botschafter*innenkreis durch
(von links nach rechts)

Thomas Betten, Moritz Czygan, Rebecca Freitag, Carl-Georg Luft, Elena Lutz, Sophie Neuendorf, Eva Siegmann



Mehr zu unseren Botschafter*innen, wer sie sind und wofür sie brennen, lesen Sie auf unserer Homepage unter <https://generationengerechtigkeit.info/botschafter/>

Finanzielle Rahmenbedingungen der Stiftungsarbeit

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen ist als gemeinnützige Stiftung registriert. Ihre Arbeit finanziert sich zum überwiegenden Teil aus Spenden. Der zentrale Baustein unserer Finanzierung sind Einnahmen aus dem Förderkreis und Privatspenden. Sie betragen im Jahr 2019 rund 38.500 Euro. Mit ihnen werden hauptsächlich allgemeine Verwaltungskosten (Büromiete, Stelle der Büroleitung in Teilzeit) gedeckt.

Zusätzlich wirbt die Stiftung Projektmittel ein, die nur für den vereinbarten Zweck ausgegeben werden dürfen z.B. für den umweltpolitischen Jugendaustausch oder für die Organisation von Tagungen.

Fördern und Spenden!

Viele Menschen unterstützen uns mit ihrem ehrenamtlichen Engagement als Vorstandsmitglieder, als Botschafter*Innen oder als Mitglied eines Beratungsgremiums. Sie helfen uns, unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Projekte durchzuführen und unsere Arbeit weiterzuentwickeln. Oder sie unterstützen uns durch ihre Mitgliedschaft im Förderkreis, durch Spenden, Zustiftungen oder langfristige Partnerschaften. Für dieses große Engagement und Vertrauen bedanken wir uns herzlich!

So können auch Sie die SRzG unterstützen:

Mit Ihrer Mitgliedschaft im Förderkreis ermöglichen Sie unsere Projekte

Der Förderkreis versammelt die Freund*innen der SRzG. Wir laden Sie herzlich ein, Teil unseres Netzwerkes zu werden – ob als Privatperson, als Institution oder als Unternehmen. Dadurch tragen Sie dazu bei, Qualität und Selbständigkeit der SRzG langfristig zu sichern. Als Mitglied im Förderkreis zahlen Sie einen Jahresbeitrag von 50 Euro und Unter-30-Jährige 25 Euro. Mit Ihren Beiträgen setzen wir Projekte in Deutschland zum Thema Generationengerechtigkeit um und aktivieren junge Menschen. Die SRzG wird zu einem Großteil von ihren jungen ehrenamtlichen Vorständen und Botschafter*Innen getragen. Unser kleines Büroteam koordiniert unsere ehrenamtlichen Helfer und Praktikanten, unser Fundraising und unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und betreibt unsere Website.

Mit Ihrer Spende helfen Sie, unser bescheidenes Büro zu unterhalten. Denn ohne unser Büroteam gäbe es keine SRzG und keines unserer Projekte.

Und was haben Sie davon?

Wann immer möglich, werden die Projekte für Sie erlebbar gemacht – mit Einladungen zu Veranstaltungen und Diskussionen, mit Aufrufen zum Mitmachen und aktiv werden. Sie erhalten den Newsletter mit aktuellen Informationen über Aktivitäten der Stiftung und Einladungen zu besonderen Veranstaltungen bei denen auch Vorstand oder Geschäftsführung zum Austausch bereit stehen. Und Sie haben die Möglichkeit, jederzeit als Ideengeber*in aktiv an Stiftungsprojekten mitzuarbeiten. Wir freuen uns auch auf Ihre Expertise!

Ansprechpartnerin für Freundinnen und Freunde, Spender/innen und Sponsor/innen:



Maria Lenk, Büroleiterin

Tel.: 0711 / 28052777

E-Mail: maria.lenk@srzg.de

generationengerechtigkeit.info

Spendenkonto:

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN: DE64 4306 0967 8039 5558 00

BIC (SWIFT-Code): GENODEM1GLS

Ihr Mitgliedsbeitrag und Ihre Spenden sind steuerlich absetzbar und Ihre Mitgliedschaft ist jeweils zum 31.12. jeden Jahres kündbar.

IMPRESSUM

Herausgeberin: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Mannspergerstr. 29, 70619 Stuttgart, Deutschland
Tel: +49 711 28052777
Fax: +49 3212 2805277
E-Mail: kontakt@srzg.de
generationengerechtigkeit.info

Herausgeber: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Design: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Bildnachweis: jen theodore/unsplash (Titelbild)

© Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Juli 2020

